

Börsch-Supan sieht Rentenniveau weiter sinken

Experte der Rürup-Kommission hält 50 bis 55 Prozent im Jahr 2030 für realistisch / Kontensystem für Rentenversicherung gefordert

Von Timo Pache

BERLIN. Axel Börsch-Supan, Mitglied der Reformkommission für Rente und Gesundheit, fordert, dass sich die Lebensarbeitszeit mittelfristig der längeren Lebenserwartung anpassen muss. „Die Mehrheit der Menschen kann nicht fast genauso lange Rente beziehen, wie sie arbeitet“, sagte Börsch-Supan der FTD. Sozialministerin Ulla Schmidt hatte entsprechende Forderungen, das gesetzliche Renteneintrittsalter von heute 65 Jahren auf 67 oder 68 zu erhöhen, stets zurückgewiesen. Das Nein der Ministerin bezeichnete Börsch-Supan als „sicher nicht das letzte Wort“. Auch über die Rentenhöhe müsse noch gesprochen werden, wenn die Beiträge wieder auf 19,1 Prozent sinken sollen. Börsch-Supan hält dann im Jahr 2030 nur noch ein Rentenniveau von 50 bis 55 Prozent für realistisch.

Vor der ersten Sitzung der Reformkommission am 13. Dezember zeichnen sich bereits die Konfliktlinien innerhalb der Kommission, aber auch gegenüber der rot-grünen Koalition ab. Ein niedrigeres Rentenniveau und eine längere Lebensarbeitszeit sind für viele Sozialdemokraten und für Gewerkschafter eine Zumutung. Börsch-Supan ist Direktor des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel und ein enger Vertrauter des Kommissionsvorsitzenden Bert Rürup. Die Kommission soll bis Herbst 2003 Reformen für die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung erarbeiten. Die Riester-Rente nannte Börsch-Supan eine „sehr mutige Reform“. Sie sei der Einstieg in eine „langfristig andere Verteilung des Alterseinkommens zwischen Umlageverfahren und angespartem Vermögen“. Heute beziehen Rentner gut 90 Prozent ihrer Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung und nur zehn Prozent aus privatem Vermögen. Im Jahr 2030 soll der Vermögensanteil auf 30 Prozent gestiegen sein

...

Heftig kritisierte der Wirtschaftswissenschaftler die aktuellen Eingriffe der Bundesregierung in die Rentenkassen. „Die letzten Notoperationen haben das Vertrauen extrem beschädigt. Die Politik muss die Schwankungsreserve ernst nehmen. In einer möglichen Rezession stehen nun wir mit dem Rücken zur Wand“, sagte Börsch-Supan. Um den Beitragsanstieg in der gesetzlichen Rentenversicherung von 19,1 auf 19,5 Prozent zu begrenzen, will Sozialministerin Ulla Schmidt den Notgroschen der Rentenkassen, die so genannte Schwankungsreserve, auf bis zu 60 Prozent einer Monatsausgabe reduzieren. „Wir brauchen aber einen Puffer von zwei bis drei Monatsausgaben“, sagte Börsch-Supan. Geht es nach dem Willen des Experten, dann soll das Umlageverfahren nach dem Vorbild des Kapitaldeckungsverfahrens geführt werden. Damit würde jeder Versicherte ein Konto bei seinem Versicherungsträger erhalten, auf das er jederzeit freiwillig zusätzlich Beiträge einzahlen könnte. „So könnte der arbeitende Ehepartner für den nicht arbeitenden einzahlen. Angesichts wechselhafter Erwerbsverläufe müssen wir viel Phantasie entwickeln“, sagte Börsch-Supan. Er verwies auf Schweden und Italien, wo Kontensysteme bereits umgesetzt seien. „Wir müssen ja gar nicht immer etwas Neues erfinden.“ Auch solle es eine steuerfinanzierte Grundsicherung auf dem Niveau der Sozialhilfe geben.

Den vollständigen Artikel finden Sie im Internet unter www.ftd.de